

## KOMPAKT

### AXEL SPRINGER

#### Verhandlung mit US-Investor KKR

Der Medienkonzern Axel Springer (unter anderem WELT, „Bild“) könnte sich den Finanzinvestor KKR an Bord holen. Der Vorstand sowie die Großaktionärin Friede Springer verhandeln mit der US-Gesellschaft derzeit über eine „mögliche strategische Beteiligung“. Der bisherige Verhandlungsstand sehe vor, dass KKR zusammen mit den Beteiligungsgesellschaften von Friede Springer und Vorstandschef Mathias Döpfner ein Konsortium bildet und ein Kaufangebot für die restlichen Axel-Springer-Aktien vorlegt. Friede Springer, die von ihr gehaltene Großaktionärin Axel Springer Gesellschaft für Publizistik GmbH & Co. sowie Vorstandschef Döpfner beabsichtigen nicht, ihre Aktien im Rahmen der Transaktion zu veräußern. Die Familie Axel Springers hält eine Mehrheit an dem börsennotierten Unternehmen. Die Witwe des Verlagsgründers, Friede Springer, kontrolliert den Medienkonzern, der zuletzt das Digitalgeschäft stark ausgebaut hat. 37,5 Prozent hält sie über die Axel Springer Gesellschaft für Publizistik. Dazu kommt ein direkt gehalten Anteil von 5,1 Prozent. Mathias Döpfner selbst hält 2,8 Prozent. Zusammen sind Friede Springer und Döpfner mit 45,4 Prozent beteiligt. In der Mitteilung der Axel Springer SE vom Mittwochabend hieß es: „Mit der Sondierung dieser Transaktion verfolgt der Vorstand seine Wachstumsstrategie zur langfristigen Steigerung des Unternehmenswertes.“ KKR wolle als langfristig orientierter Investor diese Strategie gemeinsam in einem Konsortium mit Friede Springer und Mathias Döpfner unterstützen. Ob es zu einem öffentlichen Angebot und einer Beteiligung von KKR und „anschließenden gesellschaftsrechtlichen Strukturmaßnahmen kommen wird, ist aus Sicht des Vorstands derzeit offen“, hieß es weiter. Die Anleger reagierten dennoch euphorisch. Am Donnerstag legte die Aktie stark zu.

### 737 MAX

#### Boeing-Chef gibt Fehler zu

Nach zwei Flugzeugabstürzen mit insgesamt 346 Toten hat Boeing-Chef Dennis Muilenburg Fehler zugegeben. Bei den Unglücksfliegern der Baureihe 737 Max habe sein Unternehmen ein Warnsystem in den Cockpits nicht korrekt implementiert, bestätigte Muilenburg im US-Sender CBS. „Unsere Kommunikation diesbezüglich war nicht, wie sie hätte sein sollen“. Boeing hatte Anfang Mai eingeräumt, bereits einige Monate nach Auslieferungsbeginn der 737 Max im Mai 2017 Probleme mit dem Warnsystem festgestellt zu haben. Die US-Luftfahrtbehörde FAA sei jedoch erst nach dem ersten Absturz am 29. Oktober 2018 informiert worden. Boeing hatte zunächst eine interne Untersuchung gestartet, laut der keine Beeinträchtigung der Flugsicherheit vorlag.

### AFRIKA

#### Freihandelszone in Kraft getreten

Für zunächst 24 afrikanische Staaten ist eine interkontinentale Freihandelszone in Kraft getreten. Der Wirtschaftskommissar der Afrikanischen Union (AU), Albert Mchanga, bezeichnete die formale Umsetzung der Vereinbarung von 2018 als „historischen Schritt“. Ziel der CFTA Freihandelszone sei die „wirtschaftliche Integration“ des Kontinents. Seit März 2018 haben 52 der insgesamt 55 Mitgliedstaaten der AU den Vertrag über die CFTA unterzeichnet. Die praktische Umsetzung des Freihandelsvertrags soll jedoch erst nach einem Gipfel der AU am 7. Juli im Niger beginnen.

Die internationalen Verhandlungen über eine schärfere Besteuerung von Internetkonzernen wie Google, Amazon, Facebook oder Apple kommen voran. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) arbeitet mit Hochdruck an neuen Steuerregeln, die sogar noch viel weiter reichen sollen als die in Europa hoch umstrittene Digitalsteuer.

VON DOROTHEA SIEMS

Längst geht es dabei nicht mehr nur um die Internet-Giganten, denen von vielen Seiten eine allzu aggressive Steuerergestaltung vorgeworfen wird. In Zeiten rasant voranschreitender Digitalisierung ist die Grenze zur Old Economy fließend, und die Nutzung von Daten spielt auch in der Automobilindustrie, im Maschinenbau und vielen anderen Branchen eine zunehmend wichtige Rolle. Die angestrebte Reform zielt daher auch auf die Gesamtwirtschaft. Und wenn es schlecht für Deutschland läuft, dann zahlen am Ende die hiesigen Konzerne mehr Steuern, der deutsche Fiskus aber bekommt vom Unternehmensteueraufkommen sogar weniger als heute.

Kommende Woche, Anfang Juni, sollen die Finanzminister der 20 größten Industriestaaten der Welt (G 20) erste Pflöcke zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft einschlagen. Das Gesamtergebnis – inklusive einer internationalen Mindestbesteuerung – will die OECD dann im kommenden Jahr von den beteiligten 129 Staaten beschließen lassen. Während Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) die OECD-Initiative unterstützt, warnt die deutsche Wirtschaft vor gravierenden Risiken für die hiesigen Unternehmen. Die OECD-Initiative könnte „zu Mehrfachbesteuerungen der Unternehmen in verschiedenen Staaten führen“, heißt es in einem Positionspapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), das WELT vorliegt. Mit den aktuellen Reformvorschlägen drohen laut BDI zwischenstaatliche Steuerkonflikte, die „kaum mehr beherrschbar“ wären.

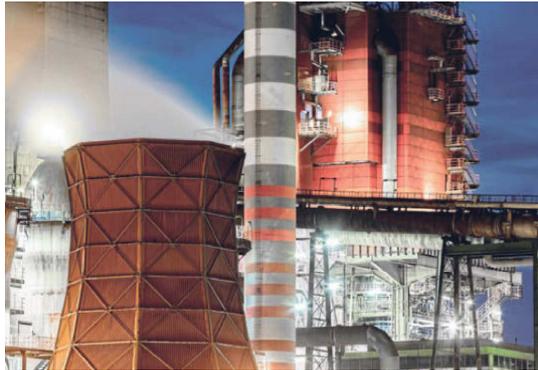
Die OECD-Initiative ist ambitionierter: Es geht um eine Generalüberholung grundlegender Steuerregeln. Seit einem Jahrhundert gilt im internationalen Steuerrecht das Wohnsitzprinzip. Ein Unternehmen wird dort besteuert, wo es produziert. Doch gerade bei digitalen Plattformen wie Google lässt sich nicht ermitteln, wo die Wertschöpfung genau stattfindet. Auch die Nutzer, die ihre Daten zur Verfügung stellen, tragen schließlich zum Unternehmensgewinn bei. Staaten wie China oder Indien, die große Absatzmärkte sind, verlangen deshalb ein größeres Stück vom Unternehmenssteueraufkommen. Der Vorschlag der OECD sieht eine solche Umverteilung von Besteuerungsrechten vor. Marktstaaten sollen in Zukunft einen Teil des Steueraufkommens beanspruchen dürfen. Umgekehrt müs-

VON DOROTHEA SIEMS

Über die Grundrente war innerhalb der großen Koalition zuletzt ein heftiger Streit ausgebrochen. Wenige Tage vor der Europawahl hatte Heil zusammen mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) einen Referentenentwurf vorgelegt, der nicht mit der Union abgestimmt war und deutlich über die im Koalitionsvertrag vorgesehene Regelung hinausgeht. Die SPD will allen Beziehern

# Wirtschaft fürchtet die Steuerreform

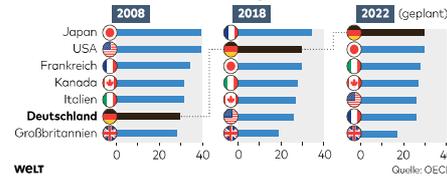
Die OECD arbeitet an einer grundlegenden Reform der internationalen Besteuerung. Doch ihr Modell birgt große Risiken für Deutschland



Hochöfen von Thyssenkrupp in Duisburg. Deutsche Industrie fürchtet steuerliche Mehrbelastungen

## Deutschland rückt an die Spitze der Belastung unter den G-7-Staaten

Tarifliche Steuerlast auf Unternehmensgewinne in Prozent

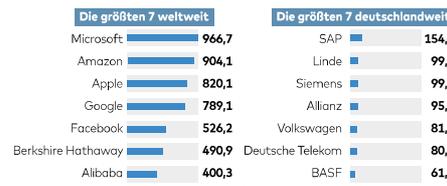


WELT

Quelle: OECD

## Die wertvollsten Unternehmen der Welt

Börsenwert in Milliarden Dollar



WELT

Stand: 29. Mai 2019, Quelle: Statista, Bloomberg

# Teurer als von Heil versprochen

Finanzwissenschaftler Raffelhüschen kritisiert die Grundrentenpläne der SPD als „unverantwortliche Irreführung der Steuerzahler“

Die von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) angekündigte Einführung einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung kostet fast doppelt so viel, wie von ihm veranschlagt. Das ergaben Berechnungen des Finanzwissenschaftlers Bernd Raffelhüschen im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft, die WELT vorliegen. Schon im Jahr der Einführung 2021 belaufen sich die Mehrkosten laut Raffelhüschen auf rund sieben Milliarden Euro. Heil gibt die zusätzlichen Ausgaben für das erste Jahr dagegen mit 3,8 Milliarden an.

VON DOROTHEA SIEMS

Über die Grundrente war innerhalb der großen Koalition zuletzt ein heftiger Streit ausgebrochen. Wenige Tage vor der Europawahl hatte Heil zusammen mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) einen Referentenentwurf vorgelegt, der nicht mit der Union abgestimmt war und deutlich über die im Koalitionsvertrag vorgesehene Regelung hinausgeht. Die SPD will allen Beziehern

von niedrigen Renten, die mindestens 35 Beitragsjahre vorweisen können, eine Aufstockung von bis zu 448 Euro im Monat gewähren. Zeiten der Kindererziehung oder Pflege werden dabei ebenso miteingerechnet wie Teilzeit. Eine Bedürftigkeitsprüfung, wie sie mit CDU und CSU ursprünglich vereinbart worden war, lehnt die SPD inzwischen ab. Weder das Einkommen eines Partners noch eigenes Vermögen sollen geprüft werden. Somit wäre auch der Kreis der Profiteure mit rund drei Millionen Menschen weitaus größer, als dies mit einer Bedürftigkeitsprüfung der Fall wäre.

Raffelhüschen Berechnungen zeigen, dass dafür dauerhaft große Summen an Steuer- und Beitragsmitteln nötig wären. „Bereits im Jahr der Einführung ist mit zusätzlichen Kosten von rund sieben Milliarden Euro zu rechnen, und bis 2025 werden diese voraussichtlich auf 8,3 Milliarden Euro pro Jahr ansteigen“, rechnet der Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge vor. Und anstatt der offiziell genannten Summe von 21,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025 würden

sich die Kosten in diesem Zeitraum auf rund 38 Milliarden Euro addieren, warnt der Ökonom. Damit lägen die tatsächlichen Kosten für Langjährig Versicherte mit unterdurchschnittlichem Einkommen ohne Bedürftigkeitsprüfung um mehr als zwei Drittel über der Kalkulation, mit der Heil für sein Projekt werbe,

kritisiert Raffelhüschen: „Das ist eine unverantwortliche Irreführung der Steuer- und Beitragszahler.“ Nach den Plänen von Heil und Scholz soll die neue Rentenleistung aus Steuermitteln, aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden. Für den Steueranteil setzt

die SPD dabei auf Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer, die es allerdings noch gar nicht gibt und deren Aufkommen bislang zudem für die Europäische Union (EU) vorgesehen war. Nun erwägt Scholz eine Einführung der Steuer im nationalen Alleingang, zumal innerhalb der EU keine Einkünfte absehbar ist. Außerdem möchte die SPD die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von sieben auf 19 Prozent anheben.

Den Krankenkassenbeitrag für Rentner will Heil im Zuge der Grundrenteneinführung um 0,6 Prozentpunkte auf 1,4 Prozent absenken. Auf diese Weise würden neben rund 20 Millionen Senioren – auch die Rentenkasse, die im Alter den Arbeitgeberanteil übernimmt, entlastet. Raffelhüschen übt auch an der geplanten Finanzierung scharfe Kritik. So entlaste eine Absenkung des Krankenkassenbeitrags zwar die gesetzliche Rentenversicherung. Doch führe dies bei den Krankenkassen zu Mindereinnahmen von zwei Milliarden Euro, die vor allem von den Jüngeren ausgeglichen werden müssten, moniert der Ökonom.

## Jährliche Kosten der Grundrente\*

in jeweiligen Preisen (Mrd. Euro)



WELT